Wissenschaftsfreiheit unter Druck

Ein Kommentar von
Thomas Hanitzsch

Illustration
Martin Fengel



Prof. Dr. Thomas Hanitzsch hat den Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der LMU München inne. Er war Präsident der International Communication Association und ist Mitglied der BAdW.

Wissenschaftsfreiheit steht unter Druck. Nicht nur in den USA, sondern ebenso in Deutschland. Auch wenn die Situation in den beiden Ländern nicht vergleichbar ist – an Beispielen mangelt es hierzulande nicht: die BMBF-Fördermittel-Affäre vom Mai 2024, die Bundestagsresolution gegen Antisemitismus an Hochschulen vom Januar 2025, abgesagte Vorträge von Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, an der LMU München und FU Berlin im Februar 2025.

Über diese anekdotische Evidenz hinaus zeigt sich der Trend auch im jährlich erscheinenden Academic Freedom Index: Dort zählt Deutschland zu den Ländern, in denen Wissenschaftsfreiheit zwischen 2015 und 2025 signifikant abgenommen hat. Eine repräsentative Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung weist auf eine zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit in der Bevölkerung hin. Fast die Hälfte der befragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gab an, Anfeindungen, Beleidigungen oder konkrete Drohungen im Arbeitskontext erlebt zu haben. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft unlängst angeregt, innerdeutsche Exil-Optionen für angegriffene Forschende zu schaffen, falls sich die Lage weiter verschärft.

Während sich die Debatte auf externe Attacken gegen die Wissenschaft konzentriert, wird oft übersehen, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Angriffe aus dem wissenschaftlichen Umfeld selbst kommt. In einer aktuellen Studie, die wir unter Mitgliedern der International Communication Association durchgeführt haben, gaben 21 % an, solche Attacken in den letzten 24 Monaten erfahren zu haben. Dazu zählen: Anfeindungen auf Social Media durch andere Forschende, Einschüchterungen von Wissenschaftlerinnen, die bestimmte Perspektiven vertreten, oder auch sexuell motivierte Übergriffe im beruflichen Kontext. Hier muss sich die Scientific Community an die eigene Nase fassen.

Hinzu kommt: Vor dem Hintergrund einer weltweit zunehmenden Inhumanität werden auch in der Wissenschaft Stimmen laut, die Forschende aus bestimmten Ländern und Regionen, etwa aus Israel und Palästina, kollektiv sanktionieren wollen. Es dient der Sache wenig, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Handlungen ihrer Regierungen verantwortlich zu machen, die sie oft selbst nicht unterstützen. Ausschlüsse und Boykotte aufgrund von Nationalität oder der regionalen Verortung der Hochschule sind diskriminierend und wirken zersetzend auf die auf Kooperation angewiesene internationale Wissenschaftsgemeinschaft. Sie führten im Ergebnis zu einer Selbstzermürbung von Wissenschaftsfreiheit. Deutlich sinnvoller ist hingegen, das unerfüllte Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit in Empathie und Solidarität mit den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu gießen.

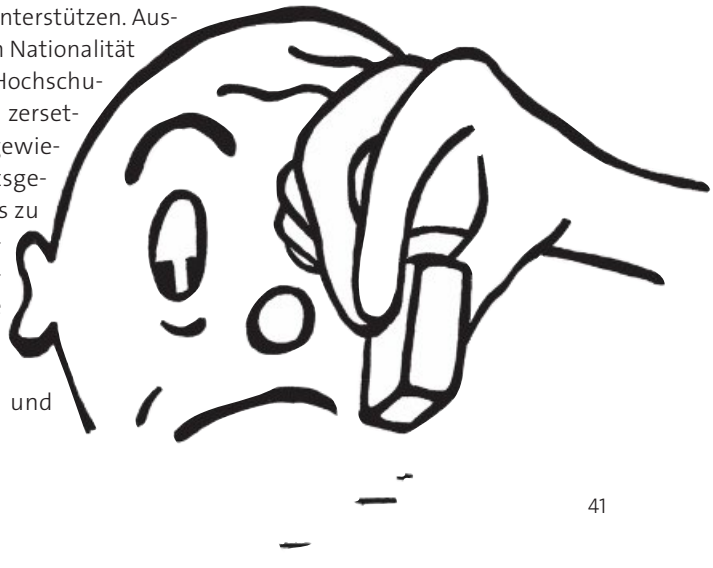


Foto: LMU 2023